

Dr. Frank Überall

Politologe * Freier Journalist

www.ueberall.tv
www.kluengel.net

mobil 0171 / 83 79 214

E-Mail: FUEberall@aol.com

Büro: Riehler Straße 31, 50668 Köln

Tel. 0221 / 2402802, Fax 2402818

Rede zur Demonstration „Für ein Morgen in Freiheit“ (SPERRFRIST Beginn der Rede 15.03.08 / 14.30 Uhr)

Guten Tag meine Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie trotz Osterferien und Wochenende zu dieser Demonstration gekommen sind! Es geht ja auch um ein wichtiges Thema – um eines, das mich als Journalist freilich besonders betrifft. Ich spreche hier im Namen der Kölner Journalisten-Vereinigung im Deutschen Journalisten Verband. Und was uns besonders auf der Seele brennt, ist die Tatsache, dass die freie Presse durch das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung in Gefahr ist!

Freie Presse – das ist nicht irgendwas. Das ist etwas, was wir elementar für unsere Gesellschaft brauchen. Deshalb steht die Pressefreiheit auch im Grundgesetz. Aber in letzter Zeit habe ich immer öfter den Eindruck, dass die Verfassung nicht mehr viel zählt. **Politiker machen was sie wollen, ohne auf geltende Gesetze zu achten – und das unter dem Vorwand, dass sie darauf achten wollen, dass die Gesetze eingehalten werden.**

Als Schüler habe ich mal den Roman 1984 von George Orwell gelesen. Damals konnte ich mir nicht vorstellen, dass es mal möglich sein würde, dass sich Menschen überall überwachen lassen. Berufsgeheimnisträger wie Journalisten, Rechtsanwälte oder Geistliche erst recht nicht. Und was passiert jetzt? Kommunikationsprofile werden erstellt und gespeichert, es ist ein Leichtes nachzuvollziehen, wer mit wem wann am Telefon gesprochen hat oder per E-Mail kommuniziert hat. Das alles im Namen des Staates! **Das sind die Stasi-Spitzel der digitalen Welt! Wer das will, hat ein seltsames Verständnis von Demokratie!**

Und wer sammelt unsere Kommunikationsdaten? Nicht etwa die Justiz, die Polizei oder die Nachrichtendienste. Die dürfen nur darauf zurück greifen, wenn sie es für nötig halten. Gesammelt

werden die Datensätze von der privaten Wirtschaft, den Unternehmen der Telekommunikationsbranche. Ich kann nur hoffen, dass die Daten da wirklich sicher vor fremden Zugriffen sind. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. **Denn wo Daten einmal vorhanden sind, wachsen die Begehrlichkeiten, sie auch zu nutzen. Und wenn wir heute schon Wirtschaftsspionage nicht wirksam verhindern können, wie wollen wir dann garantieren, dass sich niemand an unseren Daten hinterrücks bedient?**

Politiker werden mir jetzt entgegen halten, dass der Zugriff nur per Gerichtsbeschluss möglich ist. Trotzdem, ich bleibe dabei: Das System ist nicht sicher. Und: Wann werden Gerichtsbeschlüsse denn erwirkt? Zum Beispiel, wenn der Staat angegriffen wird. Politiker verstehen sich selbst natürlich als Staat, und wer sie journalistisch angreift, muss sich in unserem Land oft warm anziehen. Widerrechtliche Durchsuchungen in Redaktionen; illegale Ermittlungen gegen Journalisten, die über angebliche Staatsgeheimnisse berichtet haben – all das hatten wir ja schon. Aber bisher gilt der Informantenschutz, der grundlegend für die Pressefreiheit ist. Jetzt aber können Informanten mit den digitalen Datenspuren viel einfacher ausfindig gemacht werden. Investigativer Journalismus wird damit ausgebremst – ein angenehmer Nebeneffekt für Politiker, die etwas zu verbergen haben. **Pressefeigheit ersetzt die Pressefreiheit!**

Politik muss transparent und öffentlich sein. Politik darf sich nicht verstecken hinter einer Wand der Geheimhaltung, hinter dubiosen Absprachen und nicht-öffentlichen Beratungen. Wir Journalisten müssen unseren Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion leisten – ohne uns kann es keine funktionierende Demokratie geben. Wenn man uns wichtige Handwerkszeuge wie die Recherche am Telefon und per E-Mail praktisch aus den Händen nimmt, ist das ein unzulässiger Eingriff in unsere Grundrechte. Das müssen die da oben endlich mal begreifen! Schließlich haben sie ja schon diverse Niederlagen vor höchsten deutschen Gerichten einstecken müssen. Der Sicherheitswahn mit Kennzeichenerfassung oder Onlinedurchsuchung wurde zumindest teilweise von den Richtern begrenzt. Und **die Vorratsdatenspeicherung gehört auch verboten – zu allererst für berufliche Geheimnisträger, die sonst ihren Job gar nicht mehr anständig machen können.**

Und es wird ja so gerne darauf aufmerksam gemacht, dass die Vorratsdatenspeicherung international gewollt wird. Aber in anderen Ländern werden auch so genannte Whistleblower gesetzlich geschützt. Whistleblower, das sind Menschen, die Geheimnisse an die Medien durchstechen. Die sich nicht damit abfinden wollen, wenn beispielsweise Manager oder Politiker gegen Gesetze verstoßen. Die dazu beitragen wollen, dass aufrichtige Bürger über unaufrichtige Funktionsträger diskutieren und notfalls die Justiz eingeschaltet werden kann. Solche Art der

Recherche lebt aber vom Vertrauen zwischen dem Informanten und dem Journalisten. **Da ist die Vorratsdatenspeicherung ein Gift, das demokratische Kontrolle lähmt!**

Es ist richtig, dass Bürger gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung klagen! Es ist richtig, dass meine Gewerkschaft, der Deutsche Journalisten Verband, diese Klagen offiziell unterstützt! Und: Es ist richtig, dass Sie alle heute gegen die Vorratsdatenspeicherung demonstrieren. Wollen wir alle gemeinsam hoffen, dass die Politiker das mal zur Kenntnis nehmen: **Den Aufstand der mündigen Bürger, die die digitale Staatssicherheit nicht wollen – und auch nicht brauchen!** In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Nachmittag und eine erfolgreiche Demonstration!